

FDP Bruchköbel

## **FDP BEDAUERT DIE ABKEHR VON STRUKTURELLEN MASSNAHMEN UND HAUSHALTSTRANSPARENZ**

13.07.2016

---

Haushaltsbeschluss stellt Weichen in die falsche Richtung

Enttäuscht zeigte sich die FDP-Faktion über die vergangenen Haushaltsberatungen und die Abstimmungsergebnisse in der letzten Stadtverordnetensitzung vor der Sommerpause. Der Haushaltsbeschluss stand auf der Tagesordnung, obwohl zuvor weder Fragen zum Haushaltsentwurf zufriedenstellend beantwortet und Anträge der Opposition größtenteils ohne Diskussion abgelehnt wurden. FDP-Stadtverordneter und Finanzexperte Dr. Volker Wingefeld kann den Zahlen des Haushaltes nicht trauen, die Basis ist zu ungenau, zudem konnten bereits jetzt zu viele Fehler im Zahlenwerk aufgedeckt werden. Als besonders irritierend empfand Wingefeld jedoch, dass der Bürgermeister auf Nachfrage das tatsächliche Ergebnis seines Haushaltes nicht beziffern konnte. Zwar ist dieses Ergebnis dank erhöhter Zuweisung vom Land erstmals seit langer Zeit positiv, eine Abkehr von den strukturellen finanziellen Maßnahmen halten die Liberalen jedoch für grundfalsch. Sparen im eigenen Verantwortungsbereich, sparsames Haushalten durch strikte Obergrenzen und eine Haushaltssperre, die alle Bereich gleich trifft - das hat uns in den letzten Jahren mit dahin gebracht, wo wir jetzt sind, führt FDP Chefin Braun dazu in ihrer Haushaltsrede aus und drückt ihr Bedauern aus, dass von diesem Weg nun abgewichen wird. Zusammen mit der Ablehnung der weiteren FDP Anträge durch die Koalition zur Haushaltstransparenz im Bereich Innenstadtentwicklung und Flüchtlingshilfe, sowie zur interkommunalen Zusammenarbeit im Bereich Bauhof begründete Braun die diesjährige Ablehnung der FDP-Fraktion zum Haushalt. Besonders letzteres erstaunte die Liberalen, steht doch im Koalitionsvertrag von CDU und SPD ein klares Bekenntnis zur interkommunalen Zusammenarbeit, aber Anträge der Opposition

waren es der Koalition offenbar kaum wert, darüber zu diskutieren. Überhaupt ist der Haushalt ein reiner CDU-Haushalt geworden, ohne erkennbare Handschrift des Koalitionspartners.

Auch für das Projekt „Innenstadtentwicklung“ fehlen weiterhin eine mehrjährige Projektrechnung und Gesamt-Finanzplanung. Denn wenn das Stadthaus in städtischer Eigenregie finanziert und betrieben wird, bleibt die Frage, wie dies ohne Neuverschuldung geschehen soll. Wenn der Haushaltsentwurf 2017 noch im Herbst 2016 ins Parlament eingebracht werden soll, müssen diese prinzipiellen Probleme in den nächsten Wochen geklärt sein, führt FDP-Fraktionsmitglied Wingefeld dazu aus. In Sachen Kita-Gebühren hat die SPD hier ihre Chance aktuell vertan, bereits in diesem Jahr noch etwas für die Eltern zu bewegen, was angesichts der Diskussionen noch Anfang des Jahres zu diesem Thema mehr als verwunderlich scheint. Auch die Ablehnung der Erweiterung der Gewerbeflächen auf Antrag der Grünen, von den Liberalen nachdrücklich unterstützt, ist ein wenig grotesk, hatte die CDU doch in der Vergangenheit bereits gleichlautende Anträge und auch der Wunsch der SPD nach mehr Gewerbesteuereinnahmen wird nicht ohne weitere Flächen zu verwirklichen sein, führt dazu FDP-Fraktionsmitglied Katja Lauterbach aus. Sachbezogene Politik der Koalitionsparteien im Sinne der Bürgerinnen und Bürger ist das sicher nicht, resümiert die FDP-Fraktionsvorsitzende Braun, ein gelungener Start der Koalition ist dieser Haushalt in den Augen der Liberalen deshalb nicht geworden.

Die weiteren Anträge der FDP-Fraktion zur Stärkung des Ehrenamtes im Bereich Feuerwehr und zur Neuberechnung der Müllgebühren wurden mit den Stimmen der Koalition gegen den Willen der Opposition in den Ausschuss verwiesen. Die FDP-Fraktionsvorsitzende Braun sprach sich deutlich dagegen aus. Gerade beim Antrag zur Feuerwehr hätten sich die Liberalen ein Zeichen der Wertschätzung durch das Parlament gewünscht, zumal es beim aktuellem Stand kaum etwas zu beraten gibt. Denn die zu beratenden Konzepte müssen zuvor erst erarbeitet werden, bevor eine politische Diskussion darüber erfolgen kann, meint dazu die FDP-Stadtverordnete Katja Lauterbach. Ähnlich ist es bei der Verweisung der Neubrechung der Müllgebühren, die Begründung des Bürgermeisters für die Verzögerung der Erteilung der neue Bescheide erscheint mehr wie eine Ausrede und neuere Erkenntnisse wird der Ausschuss wohl auch kaum bringen. Aber offenbar will die Koalition lieber Dinge weiter verzögern, statt sie in die Hand zu nehmen, merkt FDP-Chefin Braun dazu abschließend an.